

Nützliche Nachrichten 5/2008

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 26. Mai 2008

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

In der Türkei hält der Nationalismus alle Gesellschaftsschichten zusammen

Von Rainer Hermann

Der türkische Nationalismus trägt viele Gewänder. In der vergangenen Woche stimmten die Oppositionsparteien CHP und MHP gegen die Reform des Strafrechtsparagrafen 301, weil sie die "Herabwürdigung des Türkentums" als Delikt beibehalten wollen. Den Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde haben die Türken mit der größten je hergestellten Nationalflagge geschafft. Ausländische Geistliche und Missionare wurden ermordet, weil sie eine Gefahr für die nationale Identität der Türken sein sollten. Eines der Grundprinzipien der Republik Türkei ist die Assimilation der Minderheiten an das Türkentum. Und um den türkischen Nationalstaat vor inneren und äußeren Feinden zu schützen, gründeten pensionierte Soldaten und Polizisten mit ein paar Intellektuellen die Bande "Ergenekon", die mit politischen Attentaten Bedingungen für einen Putsch und eine folgende Abschottung der Türkei erzeugen will.

Der Nationalismus hat in der Türkei eine größere Bedeutung, als es die Zahl der Wähler der rechten "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) vermuten lässt. Er ist in allen Schichten der Gesellschaft verwurzelt. Aus diesem Grund zog im vergangenen Jahr die kemalistische Staatselite die nationalistische Karte, um gegenüber der Regierung Erdogan wieder Boden gutzumachen, nachdem diese zuvor bei der Parlamentswahl triumphiert hatte und Gül zum Staatspräsidenten wählen ließ. Themen wie der Säkularismus mobilisieren nur wenige Türken. Der Nationalismus aber versetzt die meisten ethnischen Türken in Bewegung, und so stand das zweite Halbjahr 2007 wieder im Zeichen des Konflikts zwischen Türken und Kurden.

Als Band hält der Nationalismus alle Gesellschaftsschichten zusammen. In jeder äußert er sich anders. Nationalistisch ist die gebildete Frau aus der Istanbulers Oberschicht, die bei Kundgebungen gegen die Regierung Erdogan die türkische Flagge schwenkt. Nationalistisch ist auch jener arbeitslose

Schulabbrecher, der sich seine Vorbilder aus der Fernsehserie "Tal der Wölfe" nimmt und daher die Selbstjustiz im Namen des türkischen Nationalstaats für selbstverständlich hält.

Der Nationalismus ist ein Teil des Staatsverständnisses der Republik Türkei. Als sie 1923 gegründet wurde, hatten die Soldaten um den Befreiungskämpfer Mustafa Kemal, den späteren Atatürk, einen Staat geschaffen. Die Nation dazu hatten sie nicht. Denn untergegangen war das Osmanische Reich, ein Vielvölkerstaat, der als Kalifat auch religiös legitimiert war. Die neue Republik sollte säkular sein und der Nationalstaat der Türken. Es galt also, diejenigen zu Türken zu machen, die (noch) auf dem Boden der Republik lebten. Stets war daher der türkische Nationalismus eine Angelegenheit des Staats und seiner Institutionen. Sie wollten (und wollen) für ihren Nationalstaat eine homogene türkische Nation formen und nach ihren Vorstellungen von oben modernisieren. Denn Atatürks Auftrag lautet, die Türkei in die "zeitgenössische Zivilisation" zu führen. Daher sorgte die Staatselite bislang dafür, dass die Schulbücher das Primat des Staats über die Gesellschaft betonten und ein Bild von der türkischen Nation als Wagenburg gegen das feindliche Ausland vermittelten. Das hat sich erst in den letzten Jahren etwas zu ändern begonnen.

Auch in der Gesellschaft spielt der Nationalismus eine Rolle. Als Folge der Globalisierung und des EU-Prozesses büßt er bei einem Teil der Gesellschaft an Strahlkraft ein. Der andere Teil aber hält umso heftiger an ihm fest, weil er das Türkentum in Gefahr sieht. Bei den türkischen Rechten ist der Nationalismus meist an den Islam gekoppelt. Die in den achtziger Jahren von konservativen Intellektuellen entwickelte "türkisch-islamische Synthese" trug entscheidend dazu bei, den islamischen Teil der türkischen Geschichte, also die Herrschaft der Seldschuken und der Osmanen, wieder zu einem Teil der türkischen Identität zu machen. Der Islamistenführer Erbakan nannte daher seine Bewegung "Milli Görüş" (Nationale Sicht).

Die traditionelle türkische Linke ist hingegen nationalistisch, weil sie die Souveränität der Türkei durch böse Mächte im Ausland gefährdet sieht, die die Türkei angeblich schwächen wollen. Seit Jahrzehnten pflegt sie unverändert ihren "antiimperialistischen

Reflex". Daher begründete die linksnationale CHP ihre Ablehnung der Reform des Paragraphen unter anderem damit, dass sie ihn als "Auftragswerk der EU" sehe. Die extreme türkische Linke lehnt sogar jegliche Integration der Türkei in die Staatengemeinschaft ab. Denn diese sei ja, so ihr Argument, nur an einer Schwächung der Türkei interessiert. Viele türkische Linke wähen die Türkei weiter im Befreiungskrieg von Mustafa Kemal gegen das Ausland. Sie bezeichnen sich daher als Kemalisten. Atatürkisten nennen sich hingegen eher jene, die der Konsolidierung des Staats den Vorrang geben.

Vor allem linke Nationalisten geißeln den Verkauf von Immobilien an Ausländer als "Ausverkauf der Türkei". In diesem geistigen Umfeld gedeihen Verschwörungstheorien. Während des Wahlkampfes von 2007 avancierte das Buch des linksnationalen Publizisten Ergun Poyraz zum Bestseller. In ihm behauptete Poyraz, Erdogan sei ein Jude und ein Agent Amerikas mit dem Auftrag, die Türkei an die Vereinigten Staaten zu verkaufen und den Kurden einen eigenen Staat zu geben.

Der linke Nationalismus steht in der Tradition der areligiösen und rassistischen Jungtürken, die 1908 Sultan Abdülhamid II. stürzten und den ideologischen Grundstein für die Gründung der Republik legten. Sie leiten ihr Wort für Nationalismus, "ulusalcılık", vom türkischen "ulus" für "Nation" ab. Die rechten Nationalisten hingegen in der Tradition der "türkisch-islamischen Synthese" verwenden "milliyetçilik", das vom arabischen Wort "millet" abgeleitet ist. "Millet" hießen im Osmanischen Reich die konfessionell definierten Gemeinschaften.

Beide arbeiten seit den neunziger Jahren Hand in Hand zusammen. Ziel der linken wie der rechten Nationalisten ist, die Türkei vielleicht doch noch vor der Globalisierung abzuschotten und den EU-Prozess zu unterlaufen, der das Land öffnet und der Gesellschaft mehr Raum für Pluralismus verschafft. Ihren ideologischen Zusammenschluss nennen sie "kizilelma" nach der als "goldener Apfel" beschworenen Urheimat der Türken. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zum Schutz der türkischen Volksgemeinschaft nicht nur äußere Feinde definieren - wie die EU und die Vereinigten Staaten, die Nato und den Internationalen Währungsfonds -, sondern auch innere Feinde. Zu ihnen gehört, wer sich schwertut, Teil einer türkischen Nation zu sein, die homogen zu sein hat und damit nicht pluralistisch - also die Kurden und die nichtmuslimischen Minderheiten wie die Armenier und die Griechen. An sie war der Slogan der Nationalisten gerichtet: "Ya sev ya terk" (Liebe es oder verlasse es).

(FAZ, 5.5.08)

Ereignis-Kalender

DTP-Abordnung in Irakisch-Kurdistan

Eine Gruppe von DTP-Abgeordneten ist für Gespräche nach Irakisch-Kurdistan gereist. Die Abgeordneten trafen dabei mit dem irakischen Staatspräsident Talabani, dem Präsidenten des kurdischen Regionalparlamentes Müftü sowie weiteren Politikern der PUK und der KDP zusammen. Bei den Gesprächen ging es um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage.

Ein Treffen mit Mesut Barzani, dem Präsidenten der Region Kurdistan, kam nach Angaben eines Sprechers Barzanis aus Zeitmangel nicht zustande.

(ANF, 8.5.08, ISKU)

Evangelischer Pastor entgeht Anschlag

In der Türkei ist ein evangelischer Pastor einem Anschlag entgangen. Am 6. Mai versuchten drei bewaffnete Männer, den Leiter der charismatischen Kurtulus-Gemeinde in Ankara, Ihsan Özbek, zu töten.

Nach Angaben der Gemeinde fuhren die Unbekannten vor das Gemeindehaus, schwenkten Gewehre und bedrohten die Anwesenden. Als sie hörten, dass Özbek nicht da war, ließen sie ihm ausrichten, dass sie ihn beim nächsten Mal beseitigen würden. Die Männer konnten sich entfernen, bevor die alarmierte Polizei eintraf. Aus unbekanntem Gründen versagte die am Zentrum installierte Überwachungskamera, so dass die Bewaffneten nicht identifiziert werden konnten. In den vergangenen Wochen waren auch Gemeinden in Antalya, Samsun und Adana bedroht worden. Zum Verband der Kurtulus-Gemeinden, dessen Vorsitzender Özbek ist, gehört auch die Gemeinde in Malatya. Dort waren am 18. April 2007 drei Christen zu Tode gefoltert worden, darunter der Deutsche Tilmann Geske. Nach deren Ermordung übte Özbek öffentlich scharfe Kritik an der türkischen Religionspolitik. Die seit Jahren ausgestreute Saat der Intoleranz, des Rassismus und der Christenfeindlichkeit sei aufgegangen, sagte er im Fernsehen. Christen würden als potentielle Kriminelle und Verräter präsentiert. Daher sei davon auszugehen, dass die Morde von Malatya nicht die letzten gewesen seien.

(Mesop, 9.5.08)

Chefredakteur von YedinciGün verhaftet

Die Repression gegen oppositionelle Medien in der Türkei reißt nicht ab. Der Chefredakteur der Wochenzeitung YedinciGün Ali Turgay ist in Istanbul verhaftet worden.

Am 14. Mai war die Zeitung mit einem weiteren einmonatigen Erscheinungsverbot belegt worden. Zwei Tage später wurde Ali Turgay verhaftet, als er einer staatsanwaltschaftlichen Vorladung folgte. Ihm wird wegen verschiedener in der Zeitung erschienener Artikel "Unterstützung der PKK" vorgeworfen. Sein Rechtsanwalt Özcan Kilic legte Widerspruch gegen den Haftbefehl ein.

Mit Ali Turgay ist die Anzahl der in der Türkei inhaftierten kurdischen und oppositionellen Journalisten auf 25 gestiegen.

(Yeni Özgür Politika, 17.5.08, ISKU)

Leyla Zana: PKK ist Versicherung des kurdischen Volkes

Im Rahmen eines London-Besuchs hat die kurdische Politikerin Leyla Zana auf einer Veranstaltung im britischen Parlament in einem Redebeitrag darauf hingewiesen, dass bei einer Analyse der kurdischen Frage beachtet werden müsse, wie das kurdische Volk selbst zur PKK stehe: „Das kurdische Volk betrachtet den Kampf der PKK wie eine Versicherung für sich selbst. Auch ich bin Teil dieses Volkes.“

Weiter erklärte Zana, die kurdische Bevölkerung hege keine Leidenschaft für Waffen: „Damit die PKK die Waffen niederlegen kann, müssen zunächst die Bombardierungen aufhören.“ Es

müsse endlich ein konkretes Projekt entstehen, damit die Waffen zum Schweigen gebracht werden könnten.

Jeder Auftritt Zanas wird auf Tritt und Schritt von der Staatsmacht verfolgt. Ein Gericht in Diyarbakir hat am 9. Mai 2008 erneut ein Strafverfahren gegen Leyla Zana eingeleitet. Grund für die Anklage sind neun Reden, die die prominente kurdische Politikerin im vergangenen Jahr in der Türkei und vor dem Europäischen Parlament gehalten hat. Die Staatsanwaltschaft fordert in dem Prozess eine Haftstrafe von insgesamt 60 Jahren, weil Zana den ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan »verherrlicht«, die Jugend zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen und die kurdischen Landesteile der Türkei als »Kurdistan« bezeichnet haben soll.

Die ehemalige Parlamentsabgeordnete, die bereits zehn Jahre in Haft zubringen musste, ist zuletzt am 10. April wegen einer Rede zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

(junge Welt, 13.5.08; ANF, 22.5.08, ISKU)

Bericht der Menschenrechtsstiftung zu Newroz-Übergriffen

Eine Delegation der Menschenrechtsstiftung TIHV hat nach den brutalen Polizeieinsätzen bei den Newrozfeiern in Van und Hakkari Untersuchungen durchgeführt und mit zahlreichen Opfern - teilweise auch im Krankenhaus und im Gefängnis - gesprochen. Der Bericht der Delegation wurde am 15. Mai veröffentlicht.

„Eine von der TIHV zusammen gestellte Delegation mit 4 Personen führte zwischen dem 2. und 4. April 2008 Untersuchungen durch, bei denen in den oben erwähnten Orten mit 24 Opfern gesprochen wurde. Des Weiteren wurden 3 Personen im Krankenhaus und 6 Personen im Gefängnis besucht (Anwaltsbesuch).

Bei den Ereignissen in Van am 22.03.2008 starben Zekin Erinc (38) und Ramazan Dal (30). 84 Menschen wurden verletzt, darunter 70 Zivilisten und 14 Sicherheitsbeamte. 173 Personen wurden festgenommen. Sie wurden in den Polizeifahrzeugen und auf den Wachen geschlagen und beschimpft. Von den Festgenommenen kamen 33 Personen in U-Haft.

Bei den Ereignissen in Yüksekova wurde İkbâl Yasar (29) am 23.03.2008 getötet. Die Tatsache, dass die Sicherheitskräfte ihn heimlich beisetzen, führte zu neuen Unruhen. Dabei wurde Fahrettin Sedal (37) am 24.03.2008 so schwer verletzt, dass er am 10.04.2008 verstarb. Bei den Vorkommnissen wurden mindestens 10 Menschen verletzt. Von den 20 Festgenommenen waren 10 unter 18 Jahren alt. Unter den 10 Personen, die in U-Haft kamen, waren 3 Minderjährige. Auch in Yüksekova wurde bei den Festnahmen geprügelt und die Opfer wurden arg beschimpft.

In Hakkari behauptete der Gouverneur, dass die Menge Reifen in Brand steckte, Parolen rief, Barrikaden aufbaute, den Verkehr behinderte und die Beamten mit Steinen bewarf. 15 Sicherheitsbeamte sollen verletzt worden sein. Aus der Menge wurden 54 Personen festgenommen, von denen 24 minderjährig waren. 28 Personen kamen in U-Haft.

Neben Gesprächen mit den Opfern wurden auch (10 Tage) nach den Ereignissen medizinische Untersuchungen durchgeführt, bei denen eine ganze Reihe von Verletzungen festgestellt werden konnten. Der Staatsanwalt in Hakkari hatte jedoch schon

entschieden, dass es keine Ermittlungen gegen Sicherheitsbeamte geben solle. (...)

Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Opfer in großer Angst leben und um ihre Sicherheit besorgt sind. Die Behörden haben Druck auf Ärzte ausgeübt, sich entgegen ihrer ethischen Verpflichtung und den Dekreten der Ministerien zu verhalten. All die Vorkommnisse haben eine verbreitete und schwere traumatische Wirkung bei den BürgerInnen von einem Ausmaß erzeugt. (...)

Die Vorfälle müssen effektiv untersucht werden und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Opfer müssen entschädigt werden und ihre bio-psycho-soziale Einheit muss wieder hergestellt werden.“

Von der Delegation aufgenommene Fotos sowie kurze Filme von der Homepage "youtube" zu den Newroz-Ereignissen finden Sie unter <http://www.tuerkeiforum.net/filme/newroz08.html>

Europäischer Gerichtshof verurteilt Türkei

Die Türkei muss drei Kurden Schmerzensgeld in Höhe von insgesamt 30.000 Euro zahlen, weil diese bei einem Militäreinsatz von Soldaten schwer misshandelt wurden. Dies entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 20. Mai 2008 in Straßburg. Die Türkei habe gegen das Verbot von Folter und Misshandlungen in Artikel drei der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen.

Die heute zwischen 35 und 52 Jahre alten Männer waren im Juli 1999 von den Soldaten festgenommen worden, als türkische Sicherheitskräfte in ihrem Dorf nach Mitgliedern der Arbeiterpartei Kurdistans PKK suchten. Die Kläger wurden nach eigenen Angaben von den Soldaten mit Knüppeln und Gewehrläufen zusammengeschlagen. Ein Arzt stellte bei den Opfern Blutergüsse, Schürfwunden, aufgeplatzte Lippen und ausgeschlagene Zähne fest.

Trotz dieses Befundes wurden die verantwortlichen Soldaten 2005 "mangels Beweisen" freigesprochen.

(derStandard.at, 20.5.08)

1000 prominente Kurden fordern Lösung der Kurdenfrage

Am 20. und 21. Mai 2008 starteten 1000 prominente Kurden aller politischen Couleurs ganzseitige Anzeigen in der Herald Tribune und Le Monde für "Demokratische friedliche Lösung der Kurdenfrage".

In dem Anzeigentext wird eine verfassungsrechtliche Anerkennung der kurdischen Identität gefordert. In dem Text wird die Türkei zum Erlass einer Generalamnestie sowie die PKK zur Niederlegung der Waffen aufgerufen. Bernard Kouchner, Tony Blair, Martti Ahtisaari und Felipe Gonzales sollen als Vermittler für eine Lösung der Kurdenfrage tätig werden.

Nach den Anzeigen soll der Appell der 1000 Kurden die Marke 1 Mio. Unterschriften für die Lösung der Kurdenfrage erreichen.

(International Herald Tribune 20.5.08; Le Monde und Yeni Özgür Politika, 21.5.08, ISKU)

Entschließung des Europa-Parlaments zum Fortschrittsbericht 2007

Das Europäische Parlament, (...)

5. nimmt die jüngste Überarbeitung der Beitrittspartnerschaft zur Kenntnis; ist sich bewusst, dass diese dritte Überarbeitung seit 2001 in den meisten Bereichen eine Verlängerung der Frist für die Erfüllung der entsprechenden Prioritäten darstellt; fordert die türkische Regierung mit Nachdruck auf, die in der Beitrittspartnerschaft festgelegten Prioritäten und Fristen nun in konkrete Reformpläne umzuwandeln, wobei zu beachten ist, dass weitere Verzögerungen das Tempo der Verhandlungen ernsthaft beeinträchtigen werden;
6. begrüßt, dass sich im Jahr 2007 die Demokratie gegenüber den Versuchen des Militärs, in den politischen Prozess einzugreifen, durchgesetzt hat; ermutigt die türkische Regierung, weiterhin systematische Bemühungen zu unternehmen, um sicherzustellen, ... dass die Streitkräfte diese zivile Verantwortung und unzweideutig anerkennen; betont insbesondere die Notwendigkeit, eine uneingeschränkte parlamentarische Kontrolle über das Militär und die Verteidigungspolitik und alle damit im Zusammenhang stehenden Ausgaben einzuführen;
7. ist besorgt über die möglichen Folgen des Verbots der AK-Partei; erwartet, dass der türkische Verfassungsgerichtshof die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, die europäischen Normen und die von der Venedig-Kommission des Europarats am 10.-12. Dezember 1999 verabschiedeten Leitlinien zum Verbot und zur Auflösung politischer Parteien sowie zu ähnlichen Maßnahmen respektiert; ersucht das türkische Parlament, die Verfassung in Einklang mit diesen Normen zum Verbot politischer Parteien zu bringen; (...)
9. erachtet die Änderungen an Artikel 301 des Strafgesetzbuchs, die vom türkischen Parlament am 30. April 2008 angenommen wurden, als ersten Schritt hin zu einer umfassenden Reform dieses Artikels sowie anderer Artikel des Strafgesetzbuchs und sieht weiteren Maßnahmen in dieser Hinsicht erwartungsvoll entgegen; betont, dass in Bezug auf die Meinungsfreiheit sowohl in der Theorie als auch in der Praxis Fortschritte erzielt werden müssen; missbilligt, dass die Zahl der aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, die eine willkürliche Beschränkung des Rechts auf friedliche Meinungsäußerung ermöglichen, verfolgten Personen 2007 noch weiter zugenommen hat; (...)
12. fordert die türkische Regierung mit Nachdruck auf, in erster Linie eine politische Initiative zur Förderung einer dauerhaften Lösung der Kurdenfrage einzuleiten, die nur in einer spürbaren Verbesserung der kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Chancen bestehen kann, die Bürgern kurdischer Herkunft offen stehen, wozu auch die reelle Möglichkeit gehört, die kurdische Sprache im Rahmen des staatlichen und privaten Schulsystems zu erlernen und sie im Rundfunk, im täglichen Leben sowie bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen zu verwenden; betrachtet ein mögliches Verbot der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) als kontraproduktiv für eine politische Lösung;
13. fordert die DTP, ihre Abgeordneten sowie ihre Bürgermeister auf, sich von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) klar zu distanzieren und konstruktiv an einer politischen Lösung der Kurdenfrage innerhalb des demokratischen türkischen Staates mitzuwirken; ersucht auch alle anderen politischen Parteien in

der Türkei, sich konstruktiv an der Verfolgung dieses Zieles zu beteiligen;

14. bedauert die zahlreichen Gerichtsverfahren, die gegen gewählte Bürgermeister und andere Politiker eingeleitet wurden, weil sie Kurdisch gesprochen und ihren Standpunkt bezüglich der Kurdenfrage zum Ausdruck gebracht haben, wie beispielsweise jene Verfahren, die unlängst zur Verurteilung von Leyla Zana sowie von 53 DTP-Bürgermeistern geführt haben;
15. bekräftigt seine früheren Forderungen gegenüber der türkischen Regierung, einen umfassenden Masterplan vorzulegen, der dazu angetan ist, die sozioökonomische und kulturelle Entwicklung des Südostens der Türkei voranzutreiben, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung immer noch unter der Armutsgrenze lebt; ist der Auffassung, dass dieser Masterplan auch die sozialen, ökologischen, kulturellen und geopolitischen Probleme berücksichtigen sollte, die sich aus dem Südostanatolien-Projekt ergeben; ersucht die Kommission, die regionale Komponente der im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) geleisteten Hilfe an die zügige Ausarbeitung einer solchen Strategie zu koppeln;
16. fordert die türkische Regierung mit Nachdruck auf, ein umfassendes, landesweites Konzept zur Lösung der Frage der Binnenvertriebenen vorzulegen, das dazu angetan ist, die derzeit bestehenden rechtlichen und praktischen Schwachstellen zu beheben und die finanzielle sowie sonstige Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die erforderlich ist, um die Rückführung und Entschädigung von Binnenvertriebenen wirksam in Angriff zu nehmen;
17. nimmt zur Kenntnis, dass ein Prozess zur Vorbereitung einer neuen, zivilen Verfassung im Gange ist; erachtet dies als die entscheidende Chance schlechthin, den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in den Mittelpunkt der Verfassung zu stellen; hält erneut fest, dass ein Kontrollsystem errichtet werden muss, mit dem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Zusammenhalt und die Trennung von Religion und Staat gewährleistet werden können; (...)
18. hebt hervor, dass es notwendig ist, die Zivilgesellschaft auf breiter Basis in diesen verfassungsgebenden Prozess mit einzubeziehen, um eine Einigung über die zukünftige Verfassung der Türkei zu erzielen, die die politischen Parteien, die ethnischen und religiösen Minderheiten sowie die Sozialpartner umfassen sollte; nimmt die Enttäuschung und Besorgnis eines Teils der Bevölkerung zur Kenntnis, dass die Aufhebung des Kopftuchverbots an Universitäten nicht Teil eines umfassenderen Reformpakets unter weit gehender Einbeziehung der Zivilgesellschaft war; (...)
21. ist besorgt über die in bestimmten Teilen der Gesellschaft in hohem Maße vorhandene Feindlichkeit gegenüber Minderheiten und über politisch und religiös motivierte Gewalt; fordert die türkische Regierung auf, gegen die Organisationen und Kreise vorzugehen, die diese Feindlichkeit schüren, alle jene Personen zu schützen, die bedroht werden und um ihr Leben fürchten müssen, sowie nachhaltige Anstrengungen zu unternehmen, um ein Umfeld zu schaffen, das eine vollständige Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten ermöglicht;
22. fordert die türkischen Behörden nachdrücklich auf, die Morde an Hrant Dink und an den drei Christen in Malatya sowie alle anderen politisch oder religiös begründeten Gewaltakte lückenlos aufzuklären; bedauert, dass die entsprechenden

Gerichtsverfahren nur langsam vonstatten gehen, was dem Verdacht auf Voreingenommenheit sowie dem Eindruck von Straflosigkeit Vorschub leistet, und fordert die staatlichen Stellen auf, die angebliche Nachlässigkeit seitens der zuständigen Behörden umfassend zu untersuchen und alle Verantwortlichen vor Gericht zu bringen;

23. ermutigt die türkischen Behörden, die Ermittlungen bezüglich der kriminellen Organisation Ergenekon voranzutreiben, ihre bis in die staatlichen Strukturen reichenden Netzwerke vollständig aufzudecken und die Beteiligten vor Gericht zu bringen; (...)

25. nimmt die Bewertung des Begriffs Assimilierung zur Kenntnis, wie sie Ministerpräsident Erdogan unlängst während seines offiziellen Besuchs in Deutschland formulierte; vertritt deshalb die Auffassung, dass die türkische Regierung Maßnahmen ergreifen sollte, die es allen Bürgern ermöglichen, innerhalb des demokratischen türkischen Staates ihre kulturelle Identität zu entfalten; weist in diesem Zusammenhang auf die im Verhandlungsrahmen festgelegten Verpflichtungen hin, die die Achtung und den Schutz der Minderheiten sowie den effektiven Zugang zu Unterricht, Rundfunksendungen und öffentlichen Dienstleistungen in anderen Sprachen als Türkisch betreffen; (...)

33. erklärt sich besorgt über das unverhältnismäßig brutale Vorgehen der türkischen Polizeikräfte gegen Demonstranten bei der diesjährigen Mai-Kundgebung in Istanbul; weist erneut darauf hin, dass nach der EMRK die Vereinigungsfreiheit und die friedliche Tätigkeit von Gewerkschaften Grundrechte sind; (...)

37. fordert die türkische Regierung auf, bei Projekten mit weit reichenden Auswirkungen, wie der Errichtung von Staudämmen im Munzur-Tal, dem Alliano-Staudamm, dem Bau des Ilisu-Staudamms sowie dem Abbau von Gold in Bergama und weiteren Regionen, bei denen geschichtliches Erbe wie auch einzigartige, wertvolle Landschaften gefährdet sind, die Standards der Europäischen Union anzuwenden; fordert die türkische Regierung auf, bei der Planung von regionalen Entwicklungsvorhaben das EU-Recht als Richtschnur zu verwenden;

38. verurteilt mit Nachdruck die von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und anderen Terrorgruppen auf türkischem Boden begangenen Gewaltakte; verurteilt den Anschlag in Diyarbakır im Januar 2008, bei dem sechs Menschen ums Leben kamen und mehr als 60 verletzt wurden, und bringt sein tiefes Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer dieses Verbrechens zum Ausdruck; bekräftigt seine Solidarität mit der Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus und wiederholt seine Forderung an die PKK, eine sofortige und bedingungslose Waffenruhe auszurufen und einzuhalten;

39. wiederholt seine Appelle an die türkische Regierung, keinerlei unverhältnismäßige Militäraktionen zu unternehmen, die das Hoheitsgebiet des Irak verletzen; fordert die Türkei mit Nachdruck auf, die territoriale Integrität, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit des Irak zu achten und sicherzustellen, dass zivile Opfer vermieden werden; fordert die Regierung des Irak und die kurdische Regionalregierung im Irak auf, nicht zuzulassen, dass irakisches Hoheitsgebiet als Ausgangsbasis für Terrorakte gegen die Türkei verwendet wird; begrüßt den Austausch, der zwischen den Regierungen der Türkei und des Irak stattfindet, und fordert Maßnahmen zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der kurdischen Regionalregierung im Irak, um eine wirksame Verhinderung von Terroranschlägen unter irakischer Verantwortung zu ermöglichen; (...)

44. fordert die türkische Regierung auf, die Grenze zu Armenien wieder zu öffnen und zu diesem Land wieder umfassende wirtschaftliche und politische Beziehungen aufzunehmen; fordert die türkische und die armenische Regierung erneut auf, einen Prozess der Versöhnung einzuleiten, der sich sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Vergangenheit bezieht und eine ehrliche und offene Diskussion über Ereignisse in der Vergangenheit ermöglicht; fordert die Kommission auf, diesen Versöhnungsprozess zu erleichtern;

45. anerkennt die Rolle der Türkei als wichtiger Partner der Europäischen Union bei der Umsetzung ihrer außenpolitischen Ziele im Schwarzmeerraum, in Zentralasien und dem erweiterten Nahen Osten; fordert die Kommission und den Rat auf, das Potenzial engerer Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei in diesen Regionen besser zu nutzen;

46. fordert die Türkei mit Nachdruck auf, die Satzung des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterzeichnen, da dieser auf multilateraler Ebene ein entscheidendes Instrument darstellt;

47. lobt den Beitrag der Türkei zu den ESVP-Missionen und -Operationen in Bosnien-Herzegowina und der Demokratischen Republik Kongo sowie ihren Beitrag zu den von der NATO geleiteten Einsätzen in Kosovo, Darfur und Afghanistan; (...)

50. anerkennt die Bestrebungen der Türkei, ein Energieumschlagplatz zwischen Europa und Asien zu werden, sowie den Beitrag, den die Türkei für die Energieversorgungssicherheit in Europa leisten kann; begrüßt die Fortschritte, die die Türkei im Bereich Energie erzielt hat; (...)

(Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten;
Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2008
zu dem Fortschrittsbericht 2007 über die Türkei)

Birand: Medien lügen zum Thema PKK

Der türkische Kolumnist Mehmet Ali Birand hat in seiner Kolumne in der Tageszeitung Posta am 21. Mai 2008 darauf aufmerksam gemacht, dass die Medien zum Thema PKK lügen. „Die Medien gehen so vor, um die Moral der türkischen Streitkräfte zu steigern. Dabei tragen wir damit nur dazu bei, dass das Vertrauen in der Öffentlichkeit schwindet. Die vielen Übertreibungen und aufgeblasenen Parolen ermüden die Gesellschaft und heben auch nicht die Moral der Truppe. Wir leiten damit lediglich eine unnötige Erosion ein.“

Das Verhalten der Medien diene dem Zweck, die Realität zu verdecken, so Birand: „Es reicht schon aus, sich die Meldungen der letzten Monate anzuschauen. [...] Jede Woche wird davon gesprochen, dass die PKK sich in Auflösung und großer Panik befindet. Ihre Anführer flüchten, ihre Kommandanten werden getötet, und die übertriebene Anzahl der Toten. Wenn man diese auflistet, sieht man, dass fast die gesamte PKK getötet worden sein muss. Aber diese Leute laufen immer noch umher und machen unsere Soldaten zu Märtyrern. [...] Damit betrügen wir nur uns selbst. Unsere Menschen sterben umsonst. Wir müssen endlich einsehen, dass wir mit unnötigen Heldengeschichten nirgendwo hinkommen.“

(ANF, 22.5.08, ISKU)

Selbstanzeigen wegen der Anrede „Herr Öcalan“

In Diyarbakir haben sich 321 Personen bei der Staatsanwaltschaft selbst angezeigt: Auch künftig würden sie für Abdullah Öcalan die Anrede „Sayin“ verwenden, was soviel bedeutet wie „sehr geehrter Herr“. Mit dieser Aktion ist eine Kampagne gegen die Kriminalisierung von Hunderten Personen eingeleitet worden, die wegen der Verwendung dieses Begriffes im Zusammenhang mit Öcalan mit Strafverfahren überzogen werden.

Unter den 321 Personen, die ihre Selbstanzeige in einer gemeinsamen Aktion bei der Staatsanwaltschaft einreichten, befinden sich auch mehrere Bürgermeister der DTP sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen.

(ANF, 22.5.08, ISKU)

Türkisches Aufklärungsflugzeug in Südkurdistan abgestürzt

In Irakisch-Kurdistan ist nahe der türkischen Grenze ein Aufklärungsflugzeug der türkischen Armee abgestürzt. Örtliche Quellen berichteten, vermutlich handele es sich um einen Aufklärer des Typs Heron israelischer Bauart, der von der Guerilla abgeschossen worden sei.

Der für Peschmerga zuständige (Verteidigungs)Minister Cabar Yaver ließ dazu lediglich verlauten, dass die Angelegenheit untersucht werde.

(ANF, 22.5.08, ISKU)

Streit zwischen Kassationshof und AKP wird heftiger

Zwischen dem zweithöchsten türkischen Gericht, dem Kassationshof (Yargitay), und der Regierung Erdogan ist ein neuer Streit ausgebrochen.

Der Rat der Richter am Yargitay warf der Regierung vor, die Unabhängigkeit der Justiz anzutasten. Sie übe wegen des Verbotsverfahrens gegen die regierende Partei für Gerechtigkeit und Fortschritt (AKP) Druck auf das Verfassungsgericht aus, mit Hilfe des Auslands. Eine Justizreform sei mit der EU besprochen worden, aber nicht mit den eigenen Justizorganen. Daraufhin verlas der Vizeministerpräsident Cemil Cicek eine ebenso harsche Reaktion der Regierung. Die Richter hätten, sagte Cicek, kein Recht, sich öffentlich zu äussern und die Rolle einer Opposition zu spielen. Die Erklärung sei rein politisch. Justizminister Mehmet Ali Sahin verglich die Richter mit krächzenden Elstern.

Der gegenwärtige Streit könnte das Verbotsverfahren gegen die AKP direkt beeinflussen.

Das Verfassungsgericht hat drei Möglichkeiten: Es kann das Verbot ablehnen, es kann sich mit einer Verwarnung begnügen, und es kann die Partei als ein Zentrum von Aktivitäten gegen die laizistische Ordnung verbieten. Ein Verbot lässt sich durch die Gründung einer Nachfolgepartei umgehen. Doch das Verbotsverfahren zielt auch darauf ab, 71 Personen die parteipolitische Tätigkeit zu untersagen, unter ihnen dem Staatspräsidenten Abdullah Gül und dem Ministerpräsidenten Erdogan. Das Abgeordnetenmandat Erdogans würde aufgehoben, was seinen Rücktritt vom Ministerpräsidentenamt zur Folge hätte.

(Radikal, 22.5.08, NZZ, 24.5.08)

Neue Ölfelder in Irakisch-Kurdistan

In Irakisch-Kurdistan sind drei neue Ölfelder entdeckt worden. Der kurdische Minister für Rohstoffe, Aschti Hawrami, sagte während einer Sitzung des Parlaments am 12. Mai 2008 in Erbil, an diesen drei Orten lagerten insgesamt etwa zwei Milliarden Barrel Öl.

Der Minister erklärte, die Autonomieregierung habe seit der Verabschiedung des Öl- und Gasgesetzes für das Kurdengebiet im vergangenen Jahr 20 Verträge mit ausländischen Energie-Firmen abgeschlossen, darunter auch Unternehmen aus den USA, Kanada und der Türkei. Mit der Zentralregierung in Bagdad sei die Föderationsregierung weiter im Gespräch, betonte er. Das irakische Öl-Ministerium erkennt die Verträge der Kurden nicht an.

(Basler Zeitung, 13.5.08)

Friedenskundgebungen in Istanbul und Köln

Der Friedensrat der Türkei organisiert mit Unterstützung zahlreicher politischer Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbänden, NGOs und einzelnen Persönlichkeiten, am 1. Juni in Istanbul eine große Friedensdemonstration, um die Stimme des Friedens zu stärken und die politischen Akteure an ihre Verantwortung für die friedliche und gerechte Lösung der Kurdenfrage zu erinnern. Die Demonstration wird – einzigartig in der Türkei – unter einem einzigen Slogan durchgeführt: Es reicht! Wir wollen die demokratische Lösung der Kurdenfrage!

Der Ende April 2008 gegründete Europäische Friedensrat /Türkei/Kurdistan wird sowohl in Istanbul vertreten sein, als auch mit einer Veranstaltung am 1. Juni 2008, von 12.00 bis 15.00 Uhr auf der Domplatte in Köln ihren Friedenswillen bekunden.

Kundgebung in Köln: Für die friedliche Lösung der Kurdenfrage: Nein zum Krieg! Frieden jetzt!, 1. Juni 2008, 12.00 – 15.00 Uhr, Domplatte.

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de, www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

Österreichisch-Kurdische Ges. für Wissenschafts- u. Kultur-austausch, office@ok-gesellschaft.at, [w.w.w.ok-gesellschaft.at/](http://www.w.w.ok-gesellschaft.at/)
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkei studien, www.zft-online.de